(Abend-Ausgabe.)

Berlin. Donnerstag, 30. Juli.

Abonnement f. Berlin: viertelj. 1 Thlr. 20 Sgr., für ganz Preußen 2 Thlr. 12½ Sgr.; für das übrige Deutschland 2 Thlr. 24½ Sgr.

National-Zeitung.

№ 350. 1857. — 10ter Jahrgang.

Bestellungen nehmen alle Postanstalten des In- u. Auslandes an; f. Berlin d. Exped. Lindenstr. Inserate: die Petitzeile 2 Sgr.

Inhalt.

Deutschland. Karlsruhe: der Oberstudienrath. München: Generalversammlung des Vereins der Eisenbahnverwaltungen; der Geschichtsunterricht auf den Gymnasien. Gotha: Denkschrift des Koburgischen Sonderlandtages. Hamburg: bevorstehende Ankunft einer österreichischen Flottille.
Oesterreichischer Kaiserstaat. Wien: Eröffnung der Triester Bahn; Herr v. Bruck für den Suezkanal; Kirchliches aus Linz.
Frankreich. Paris: drohender Bruch der diplomatischen Beziehungen zur Pforte; der Komplott-Prozeß.
Großbritannien. London: Parlamentsverhandlungen über Indien; das Schreiben Ledru Rollins.
Berliner Nachrichten.
Provinzial-Zeitung.

Deutschland.

Karlsruhe, 27. Juli. Das heute erschienene Regierungsblatt enthält u. A. eine Verordnung, das Direktorium des Ober-Studienraths betreffend. Dadurch wird die Bestimmung vom 21. April 1836, daß das Direktorium im Ober-Studienrath zwischen den Direktoren des evangelischen und des katholischen Ober-Kirchenraths wechseln soll, aufgehoben. Direktor des Ober-Studienraths ist jeweils ein Mitglied des Ministeriums des Innern. (Fr. J.)

München, 28. Juli. Die gestrige Sitzung der Generalversammlung des Vereins deutscher Eisenbahn-Verwaltungen dauerte über fünf Stunden. Heute und morgen dauern die Berathungen fort. Die Versammlung bestand gestern aus 119 Mitgliedern. — Durch eine Entschließung des Staatsministeriums für Kirchen und Schulangelegenheiten vom 8. d. werden mehrere Abänderungen der revidirten Studienordnung bezüglich der Ertheilung des Geschichtsunterrichts in den lateinischen Schulen und Gymnasien genehmigt und die Stundenzahl für diesen Gegenstand wird in den unteren Klassen erhöht. Am 26. d. M. ist die Kaiserin von Rußland mit der Kronprinzessin von Württemberg von Kissingen nach Bad Brückenau abgereist.

Gotha, 27. Juli. Wie man der „L. Z." von hier aus berichtet, wird vom koburger Sonderlandtage, der seit längerer Zeit keine Sitzungen gehalten hat, eine Gegenschrift gegen die im Betreffe der Unionsangelegenheit verfaßte Denkschrift des Staatsministers von Seebach veranstaltet.

Hamburg, 28. Juli. Wie der „H. C." aus unterrichteter Quelle vernimmt, wird eine österreichische Flottille, bestehend aus 2 Fregatten und 2 Korvetten, welche mehrere Häfen der Nordsee anzulaufen gedenkt, auch in Curhaven erwartet. Wenn es der Wasserstand gestatte, so würden eins oder mehrere dieser Kriegsschiffe vielleicht die Elbe heraufkommen.

Oesterreichischer Kaiserstaat.

* **Wien**, 29. Juli. Der Kaiser ist gestern von Triest wieder hier eingetroffen. Der „Ostd. Post" wird aus Triest gemeldet, daß die Festlichkeiten überaus glänzend gewesen. Große Sensation habe ein Toast des Ministers Baron Bruck erregt, der etwa Folgendes sagte:

„Wir können den heutigen Tag nicht vorübergehen lassen, ohne die wärmsten Wünsche für die Durchführung einer großen Idee: die Durchstechung der Landenge von Suez, auszusprechen. Der Widerstand einer einzelnen Regierung wird die große Idee und That nicht hemmen. Wir leben in der Zeit einer Verbrüderung der Völker. Oesterreichs, speziell Triest's wärmste Wünsche für das Gelingen des Unternehmens des Herrn v. Lesseps! Die hochansehnliche Gesellschaft möge diesem Gefühle durch ein feuriges Hoch Worte leihen!"

Der russische Gesandte am hiesigen Hofe, Baron v. Budberg, welcher zum Empfange des Kaisers von Rußland nach Kissingen gereist war, ist gestern wieder hier eingetroffen und hat sich ohne Aufenthalt nach Vöslau begeben. — Wie aus Verona vom vorgestrigen Tage gemeldet wird, ist der Feldmarschall Graf Radetzky so weit hergestellt, daß er beschlossen hat, am 30. d. M. nach Mailand zu übersiedeln. — Neben der Theißregulirung hat die Körösregulirung bedeutende Fortschritte gemacht, und jetzt scheint auch den vor Kurzem erst stark heimgesuchten Anwohnern der Szamos eine bessere Zukunft aufzugehen, indem die seit lange projektirte Regulirung dieses Flusses eine Wahrheit zu werden verspricht. Dieser Tage sind nämlich zahlreiche Grundbesitzer des Szatmarer und Bereg-Ugocsaer Komitates unter dem Vorsitze des Statthaltereirathes von Dobsansky zu einer Versammlung zusammengetreten, nachdem das von der Großwardeiner Statthaltereiabtheilung unterbreitete Regulirungsprojekt die Genehmigung der Regierung erhalten hatte. Die anwesenden Grundbesitzer haben sich als Regulirungsverein konstituirt und einstweilen den Beschluß gefaßt, die Regulirungsarbeiten mit den Mitteln der Anwohner des Szamosflusses durchzuführen. Das von der Regierung genehmigte Regulirungsprojekt wurde auch von der Versammlung gut geheißen und die nähere Berathung der Details vorbehalten.

Aus Linz erhält die „A. Allg. Z." folgende amtliche Berichtigung: „Die katholische Frau, die sich mit einem Protestanten hatte trauen lassen, ist nach der Trauung von dem katholischen Seelsorger nicht aufgefordert worden einen Revers ihres Ehegatten wegen katholischer Erziehung aller in der Ehe zu erzeugenden Kinder beizubringen; sie erklärte daher auch nicht, daß sie die Uebernahme einer solchen Verpflichtung von ihrem Mann nicht verlangen könne. Ein Dechant in H. existirt in der Diözese nicht; aber überhaupt kein Dechant hat ihr die Eröffnung zugefertigt, sie habe bei dem Vormittagsgottesdienst in der Kirche zu H. ihre zu verlesende Exkommunikation zu vernehmen. Sie war bei einer solchen Verlesung auch wirklich nicht anwesend, und keinerlei Mittel, weder mittelalterlicher noch anderer Härte, wurden angewendet, um sie dahin zu bringen, daß sie solche hörte. Endlich hat die Verlesung der Exkommunikation selbst nicht stattgefunden, weil die Exkommunikation nicht ausgesprochen worden ist. Was verlesen wurde, ist auf ihre Bitte und zu ihrer Ehre, jedoch in ihrer Abwesenheit, verlesen worden. Der angebliche Bericht aus Wels in Nr. 200 der „Allg. Ztg." vom 19. d. M. ist also eine Kette von Unwahrheiten. Vom bischöflichen Konsistorium Linz am 24. Juli 1857. Joseph Schropp, Kanonikus und Kanzler." — In einer Redaktionsnote bemerkt die „Allg. Ztg." hierzu: „Der bezügliche Brief war von einem unserer sonst bewährtesten Wiener Korrespondenten. War er seinerseits aus der Diözese Linz falsch benachrichtigt, so konnten wir das hier in Augsburg nicht kontroliren."

Frankreich.

♔ **Paris**, 28. Juli. Ein großer Theil der englischen Blätter ist heute abermals nicht ausgegeben worden; ich nenne unter andern „Morning Advertiser", „Morning Post", „Daily News", „Expreß", „Morning Star" und „Evening Star". Grund der Beschlagnahme ist der Brief Ledru Rollin's in Bezug auf das jüngst entdeckte Komplott. Das Aktenstück hat hier allseitig einen tiefen Eindruck gemacht, weil es sich, trotz des leidenschaftlichen Tones, durch eine nicht abzuweisende Logik auszeichnet. Die Regierung scheint übrigens bereits die Hoffnung aufgegeben zu haben, England zu Maßregeln gegen die Flüchtlinge zu bewegen. — Die gespannte Erwartung, mit welcher das Publikum dem Eintreffen der indischen Post entgegensieht, ist heute noch nicht befriedigt worden. — Es unterliegt keinem Zweifel, daß Frankreich, Rußland und Preußen, wahrscheinlich aber auch Sardinien, die vollendete Thatsache der moldauischen Wahlen nicht ohne Weiteres hinnehmen werden; entweder ist ein Protest bereits erhoben worden oder die Absendung desselben steht nahe bevor. Man denkt wie es scheint, hier an einen neuen Zusammentritt der Pariser Konferenz, um diese Angelegenheit definitiv zu schlichten; indessen ist es sehr zweifelhaft, ob England und Oesterreich ihre Zustimmung dazu geben. Der Kaiser wird morgen Abend erwartet. Auf Donnerstag früh um 9 Uhr ist ein Ministerrath anberaumt, in welchem aller Wahrscheinlichkeit nach das fernerhin in den Fürstenthümern einzuschlagende Verfahren zur Sprache kommen wird. Der König von Württemberg, unter dem Namen eines Grafen von Teck reisend, wird ebenfalls morgen hier eintreffen. Der König wird nur 1 oder 2 Tage hier verweilen und sich alsdann in die Seebäder zu Biarritz begeben.

⊙ **Paris**, 28. Juli. Der endlosen orientalischen Frage steht eine neue Phase bevor. Aus sicherer Quelle erfahre ich, daß die Regierung beschlossen hat, es diesmal bei bloßen neuen Ermahnungen in Konstantinopel nicht bewenden zu lassen, sondern zu entschiedneren Kundgebungen überzugehen. Herr von Thouvenel ist instruirt worden, auf Grund des Sündenregisters, von welchem der „Moniteur" zeitweilig Proben zum Besten gegeben hat, kategorisch die Annullirung der moldauischen Wahlen und die Absetzung des Fürsten Vogorides zu verlangen. Sollte die Pforte diese Forderungen ablehnen, so wird Herr v. Thouvenel die diplomatischen Beziehungen abbrechen und Konstantinopel verlassen. — Da die Pforte in dieser Angelegenheit nicht selbständig handelt, sondern an die Uebereinstimmung mit den übrigen Mächten gebunden ist, so ist es etwas seltsam, daß sie ausschließlich für den Mangel dieser Uebereinstimmung verantwortlich gemacht und gezwungen werden soll, sich mit Oesterreich und England zu überwerfen und den Druck Frankreichs als den überwiegenden anzuerkennen. Im Pariser Frieden wollte man jeder Erneuerung der Zeiten des Fürsten Menschikoff vorbeugen, indem man künftige Konflikte mit der Pforte ausdrücklich der Vermittelung der übrigen Mächte zuwies. Wenn nun Hr. v. Thouvenel schon nach so kurzer Frist die Rolle jenes russischen Staatsmannes zu wiederholen angewiesen wird, so scheint dies darin seinen Grund zu haben, daß man hier England zunächst anderweit vollauf beschäftigt glaubt und Oesterreich von Preußen im Stiche gelassen steht, so daß man diesmal etwas weiter zu kommen hofft, als zur Zeit, wo man in dem Streite wegen Bolgrads und der damit zusammenhängenden Räumungsfrage so eifrig für Rußlands Interesse eintrat. Bei der innern Schwüle herrscht hier das dringende Bedürfniß, nach außen hin wieder irgend einen Handel zu haben, der die Geister beschäftigt. Es wird sich nur fragen, ob England und Oesterreich diesem Bedürfniß Rechnung zu tragen geneigt sind oder der hiesigen Unruhe, wie früher, eine kalte Konsequenz entgegensetzen. Was England betrifft, so würde Lord Redcliffe mit der bisherigen Politik stehen oder fallen, und ihn aus dem Sattel zu werfen ist eine Aufgabe, an der man hier bisher schon oft scheiterte. Man rechnet jedoch auf eine größere Geschmeidigkeit Lord Palmerstons, der sich in dieser Frage immer schwankend zeigte, und wohl auch auf Sir Henry Bulwer, der neben seinem Gesandten gern eine selbständigere Rolle spielen möchte.

△△ **Paris**, 28. Juli. Das Schreiben Ledru Rollins, wegen dessen heute eine große Anzahl englischer Blätter mit Beschlag belegt wurden, veranlaßt zunächst den „Constitutionnel" zu einer Kundgebung, welche in die Form einer Mittheilung aus Belgien gekleidet ist. Die angebliche Korrespondenz lautet: „Die Spannung auf den Prozeß, der vor dem Assisenhofe der Seine verhandelt wird, und die Enthüllungen, die sich aus demselben ergeben werden, setzen die politischen Flüchtlinge in Bewegung. Man spricht von einem Briefe Ledru-Rollin's, der demnächst veröffentlicht werden solle und den Zweck habe, jede Theilnahme an irgend welchem Komplot zu läugnen. Der Plan der Führer der Partei soll bei dieser Gelegenheit darin bestehen, den Prozeß lächerlich zu machen, indem man die drei verhafteten Italiener als im Solde der französischen Polizei stehende Angeber darstellen wolle. Namentlich in England werden sie sich durch alle ihnen zu Gebote stehenden Mittel bemühen, die öffentliche Meinung gegen das Verfahren der französischen Regierung und gegen die Forderungen einzunehmen, welche dieselbe späterhin im Betreff der Haupt-Mitschuldigen des Komplotts etwa zu stellen sich veranlaßt fühlen könnte. Sie bilden sich ein, daß das englische Ministerium in der öffentlichen Meinung die genügende Stärke finden werde, um sich jeder Forderung auf Ausweisung entziehen zu können. Dies ist die Taktik, durch die man seinen Zweck zu erreichen hofft, die jedoch wahrscheinlich an den Beweisen scheitern wird, welche der Prozeß herausstellen dürfte." — Diese Beweise sind nun freilich abzuwarten; da indessen schon im Voraus der „Moniteur" Berufung an die öffentliche Meinung eingelegt hat, so ist es wohl natürlich, wenn die Angeklagten in demselben Sinne verfahren. Erst heute hat die Anklagekammer in der Angelegenheit des Komplotts Beschluß gefaßt und die ihr vom Untersuchungsrichter überwiesenen Beschuldigten vor das Assisengericht der Seine beschieden. Auch die „Morning-Post" wurde heute konfiszirt, weil sie eine Unterredung brachte, welche General Cavaignac mit einem Wähler über die Eidesleistung gehabt haben soll. — In einem andern Schreiben aus Belgien läßt sich der „Constitutionnel" melden: „Herr Thiers, der sich vor einigen Tagen in Begleitung des General Changarnier nach Ostende begeben hat, um daselbst die Exkönigin Amalie zu begrüßen, hatte einen Paß nach dem Herzogthume Nassau genommen. Diese beiden Persönlichkeiten haben, so wird gesagt, die Hoffnung kund gegeben im Schlosse Laeken empfangen zu werden, allein diese Hoffnung hat sich nicht verwirklicht." — In der Polizei-Präfektur ist man mit einem neuen Reglement über den Verkauf der Blätter auf offener Straße beschäftigt, von dem man sich nicht viel Gutes verspricht. — Das unterdrückte Journal „Pas de Calais" hat gebeten, unter anderer Form und unter anderem Titel wieder erscheinen zu dürfen, ist jedoch mit seiner Bitte abgewiesen worden.

Aus Marseille wird telegraphisch gemeldet, daß die indische Post bis heute Vormittags 11 Uhr noch immer nicht signalisirt worden war. Der Dampfer „Vigilant" erwartet auf der Marseiller Rhede die Befehle der englischen Admiralität, so wie den Lord Cochrane, welcher den Admiral Lyons ersetzen soll. Aus den Triester Depeschen ist inzwischen hier bekannt worden, daß es im Nordwesten der Präsidentschaft Bengalen fortwährend äußerst schlimm steht, und General Barnard vor der Ankunft von Verstärkungen nicht die nöthigen Mittel besitzt, um gegen Delhi etwas Entscheidendes zu unternehmen. — Der Messagerien-Dampfer „Borysthene", dessen Ankunft von Alexandria seit acht Tagen in Marseille mit Besorgniß erwartet wurde, ist am Morgen des 28. im marseiller Hafen eingetroffen; er hatte in Bonifacio angelegt, um einen seiner Masten, der gebrochen war, wieder ausbessern zu lassen. — Das Geschwader des Senegal wird mit Rücksicht auf die neuesten Vorgänge daselbst um einige Fahrzeuge verstärkt werden.

Man hat bereits angefangen, den Ostbahnhof zum Empfang des Kaisers zu schmücken, der Morgen Abend 6 Uhr in Paris eintreffen wird. Ein Bataillon Garde und ein Bataillon Linie sind an den Bahnhof kommandirt. Der Kaiser reist am 4. nach Osborne ab. Er ist eingeladen worden, dem Lager in Aldershott beizuwohnen. — Prinz Jerome geht morgen nach Havre, wo er mit seinem Sohn, der von England mit der „Reine Hortense" zurückkommt, zusammentreffen wird. Der Kaiser wird in Chalons selbst für die Tafel der Generale sorgen, so wie auch ein Theil der anderen höheren Offiziere abwechselnd geladen werden soll. Bisher haben sich zwei Konkurrenten gemeldet. Potel und Chabot verlangen 30 Fr. für das Frühstück und Mittagmahl per Kopf, ein Restaurant von Chalons nur 20 Fr. — Das „Journal des Debats" meldet, daß der eidgenössische Oberst Barmann, bevollmächtigter Minister der Schweiz in Frankreich, vor einigen Tagen seiner Regierung die Entlassung von seinen Funktionen eingeschickt hat. — Vorgestern hatte Graf Walewski in seinem Schlosse Etioles den Grafen Nesselrode zum Diner eingeladen. — Herr Lafragua, welcher erst gegen Ende dieses Monats hier erwartet wurde, ist heute hier angekommen.

Dem „Journal du Havre" zufolge hat die dortige Handelskammer nun offizielle Mittheilung von den Beschlüssen der Regierung bezüglich des transatlantischen Dampfschiffahrts-Dienstes erhalten. Diese Beschlüsse bestehen in folgenden vier Hauptpunkten: Havre bekommt die New-Yorker Linie mit drei Millionen Subvention, Nantes die Linie der Antillen mit sechs Millionen, Bordeaux und Marseille die brasilianische Linie mit fünf Millionen. Jeder Hafen hat eine Gesellschaft wegen Uebernahme der betreffenden Linie vorzuschlagen. — Die Büste von Friedrich Sauvage, Erfinder der Schraubenschiffe, der in einer Irrenanstalt gestorben ist, soll im Conservatorium der Künste und Gewerbe aufgestellt werden. — Die Baukosten für den neuen Boulevard von Sebastopol, der auf dem linken Ufer der Seine bis zum Platze St. Michel angelegt wird, werden zu zwei Theilen von der Stadt Paris, zu einem Theile vom Staate getragen; doch dürfen die Beiträge des letzteren 12 Millionen nicht übersteigen. Das betreffende Gesetz, welches am 26. Mai im gesetzgebenden Körper mit entschiedenem Mißbehagen votirt und im Senate am 2. Juni gut geheißen wurde, steht heute im „Moniteur". Der Staat zahlt außer seinem Maximum von zwölf Millionen noch eine halbe Million für das Terrain, das zu dem Hotel von Cluny und zu dem Museum der Thermen gekauft werden soll. Der ganze Boulevard wird demnach mindestens 37 bis 38 Millionen kosten, zu welchen die Stadt Paris 25 Millionen zu steuern hat. — Der Unter-Gouverneur der Bank von Frankreich, Herr Werne, hat seine Entlassung eingereicht. Derselbe stand mit dem neuen Gouverneur, de Germiny, auf sehr schlechtem Fuße. An der Börse wurde seine Demission mit einiger Genugthuung aufgenommen. Derselbe war gegen eine Herabsetzung des Diskonto's, und man hofft deshalb, daß die Bank nächsten Donnerstag die von der Börse lebhaft gewünschte Verminderung des Diskonto's beschließen werde. — In der St. Pauls-Kirche, Straße St. Antoine, wird morgen ein Gottesdienst zu Ehren der Opfer vom Juli 1830 gefeiert werden. — In der gestrigen Sitzung der Akademie der Wissenschaften wurde die feierliche Jahressitzung auf den 17. August festgesetzt. Herr v. Montalembert wird präsidiren. — Die Kettenbrücke, welche bei Sureuil über die Charente führt, ist unter der Last eines mit mehreren Pferden bespannten Lastwagens gerissen und dabei ein Menschenleben zu beklagen. Ferner ist die schöne alte Kirche zu Besaignes-sur-Marne im Departement der oberen Marne am Montage eingestürzt; der Pfarrer hatte kaum die Messe beendigt, als ein Theil des Gewölbes und Balkenwerks krachend auf das Pflaster der Kirche herabstürzte.

Großbritannien.

Parlamentsverhandlungen vom 27. Juli. Im Oberhause macht Lord Derby darauf aufmerksam, daß es nothwendig sei, einen Tag festzusetzen, über welchen hinaus keine Bills zur weiteren Berathung angenommen werden sollen, da sonst die Session bis zum 20. September dauern würde. Er schlägt als letzten Termin den 4. August vor, und willigt zuletzt auf den Vorschlag Lord Granville's ein, den Termin bis zum 7. August zu verlängern. — Der Marquis v. Clanricarde beantragt die Vorlage von Papieren, die auf den Stand des Heeres und die Verwendung der Offiziere in Indien Bezug haben. Er benutzt diese Angelegenheit, um sich über verschiedene Mißgriffe in der Verwaltung Indiens auszusprechen, drückt jedoch zuletzt die Ueberzeugung aus, daß dessen ungeachtet die Herrschaft Englands in Indien bald wieder auf festen Füßen stehen werde. — Der Herzog v. Argyll bedauert, daß eine allzufrühe Diskussion über die Vorfälle in Indien angeregt worden sei. Sie sei nicht allein nutzlos, sondern könnte geradezu nachtheilig wirken. Die gewünschten Papiere seien übrigens dem Unterhause bereits zugesagt, und er könne dem Hause nur versichern, daß die Regierung die Wichtigkeit der Lage vollkommen erfassend, aus allen Kräften bemüht sei, weitere Gefahren für die Herrschaft Englands in Indien abzuwenden. — Es werden noch eine Reihe von Bills zum zweiten und dritten Mal gelesen, worauf sich das Haus vertagt.

Im Unterhause wird eine Interpellation von Sir de Lacy Evans betreffs einiger im ionischen Parlamente vorgekommenen Demonstrationen gegen England, durch den Colonialminister Mr. Labouchere, dahin beantwortet, daß die Regierung keine offizielle Nachricht über diese Ereignisse erhalten habe auf Privatwegen sei die Mittheilung hierher gelangt, daß im ionischen Parlament ungemessene Ausdrücke gefallen seien, doch sei ihm (dem Redner) unbekannt, daß ein bestimmter Antrag auf Losreißung von England gestellt und angenommen worden sei. Die Aufregung selbst sei wahrscheinlich durch eine Petition aus Unterhaus veranlaßt worden, in welcher diesem das Ansuchen gestellt wurde, einen Vertreter der ionischen Inseln in seiner Mitte aufzunehmen. — Auf eine Interpellation von Sir John Pakington erwidert Lord Palmerston, die Regierung habe keine Depesche aus Indien erhalten, und könne über die im Umlauf gesetzten beunruhigenden Gerüchte keine Erklärung abgeben.

Das Haus hatte sich mittlerweile in allen seinen Räumen gefüllt, und Disraeli erhebt sich, um die Vorlage gewisser (früher im Detail angegebener) auf Indien Bezug habender Papiere zu beantragen. Der Antrag selbst ist lediglich formell, und dient dazu, eine Besprechung der Indischen Angelegenheiten den Regeln der Geschäftsordnung gemäß zu ermöglichen. Es handle sich vor Allem darum, meint der Redner,